

Bezirk Oberbayern etabliert Wohnraumkoordination für Menschen mit Behinderung

## Bezahlbaren Wohnraum sichern



Neubaugebiet Apfelwiese in Haar: Hier entstand auch Wohnraum für eine WG der Lebenshilfe München.

FOTO: WOLFGANG ENGLMAIER

Mit seiner Wohnraumkoordination für Menschen mit Behinderungen schlägt der Bezirk Oberbayern neue Wege ein. Ziel der Koordinationsstelle ist es, für diese Zielgruppe mehr geeigneten Wohnraum zu erschließen und dauerhaft zu sichern. „Wir leisten damit einen Beitrag, dass mehr Wohnraum für Menschen mit Behinderungen zur Verfügung steht. Außerdem unterstützen wir diejenigen, die Wohnformen für diese Zielgruppe anbieten. Dies ist wichtig, weil es immer schwieriger wird, geeigneten und bezahlbaren Wohnraum zu finden“, erklärt Oberbayerns Bezirkstagspräsident Josef Mederer.

Die Schaffung einer Koordinationsstelle war erst ein Versuch, denn eine formale Zuständigkeit und verbindliche Instrumente, um Wohnraum zu schaffen, haben die Bezirke in Bayern nicht. Organisatorisch ist die Wohnraumko-

ordination im Arbeitsgebiet der Strategischen Sozialplanung des Bezirks Oberbayern angesiedelt. „Zu Beginn war es uns wichtig, die Refinanzierungsmöglichkeiten für das Thema Wohnen für Menschen mit Behinderung nochmals klar darzustellen. In der Regel lassen sich ambulant betreute Wohnangebote für Menschen mit Behinderung nur in dem sehr knapp bemessenen Segment des geförderten Mietwohnungsmarkts realisieren“, erzählt Selma März, die die Wohnraumkoordination im Bezirk verantwortet. Denn fast nur im geförderten Bereich gebe es Mieten, die im Rahmen der Sozialhilfe oder der Hilfe zum Lebensunterhalt übernommen werden können. „Auf diese Unterstützungsleistungen sind unsere Klientinnen und Klienten überwiegend angewiesen.“

Daher suchte März von Anfang an den Schulterchluss mit den

oberbayerischen Kommunen, sprach in Dienstbesprechungen der Bürgermeister\*innen vor und ging direkt mit den Sozial- und Planungsämtern in den Dialog. „Uns ist es wichtig, auf die jeweiligen Wohnbedarfe für Menschen mit Behinderungen aufmerksam zu machen, damit diese idealerweise in zukünftigen Bauvorhaben in den Kommunen berücksichtigt werden können“, führt März aus.

### „Zentrale Herausforderung unserer Zeit

Auch mit den kommunalen Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderung steht die Wohnraumkoordination in engem Austausch. Das Engagement des Bezirks wird hier außerordentlich begrüßt, auch weil damit bereits zentrale Aspekte der „Re-

gensburger Erklärung zum inklusiven Wohnen in Bayern“ berücksichtigt werden. Auf diese hatten sich die Beauftragten beim landesweiten Jahrestreffen im Juli 2022 gemeinsam mit Holger Kiesel, dem Beauftragten der bayerischen Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung, verständigt.

„Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit, nicht nur, aber eben auch für Menschen mit Behinderung“, fasst März zusammen. Daher ist es ihr ein besonderes Anliegen, die Kräfte und Anstrengungen zum Thema Wohnen für Menschen mit Behinderung zu bündeln. So arbeiten bereits zahlreiche Kommunen sowie Mitglieder der Kommunalparlamente und Einrichtungen für Menschen mit Behinderung mit der Wohnraumkoordination im Projekt „Ambulantisierung und

Wohnraum“ beim Bezirk zusammen. Hier werden unter anderem Modellvorhaben für innovative und inklusive Wohnprojekte entwickelt.

„Ziel ist es, mit bereits erfolgreich umgesetzten Projekten Mut und Lust bei Kommunen, Investoren oder Genossenschaften zu wecken und zu zeigen, dass qualitativ volles ambulantes und inklusives Wohnen auch unter den aktuellen Rahmenbedingungen realisierbar ist und ein Gewinn für einen ganzen Sozialraum sein kann“, berichtet März. Das im Rahmen der Wohnraumkoordination gebündelte Wissen bringt März auch in Projekte und Initiativen außerhalb des Bezirks ein, so arbeitet sie unter anderem aktiv im Projekt „Inklusives Wohnen in Bayern stärken“ von Wohn:sinn, dem Bündnis für inklusives Wohnen im deutschsprachigen Raum mit. > WOLFGANG ENGLMAIER

## Bewerbungen für Unterfränkischen Inklusionspreis

Ab sofort können Bewerbungen für den Unterfränkischen Inklusionspreis 2023 beim Bezirk Unterfranken eingereicht werden. Unter dem Motto „Inklusion er-Leben“ sind alle freien und öffentlichen Organisationen und Einrichtungen, Vereine, Hilfsorganisationen, Bildungseinrichtungen und ähnliche Institutionen sowie Firmen und Einzelpersonen in Unterfranken zur Teilnahme aufgerufen, die durch Maßnahmen, Projekte oder Angebote die Lebenssituation von Menschen mit Behinderung nachhaltig und konkret verbessern und ihre Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft unterstützen und voranbringen. Dass der Preis bereits zum neunten Mal ausgelobt wird, zeigt, wie sehr er mittlerweile fester Bestandteil der unterfränkischen Inklusionsarbeit ist. Der Preis ist mit insgesamt 12 500 Euro dotiert. Um möglichst viele Bereiche des täglichen Lebens zu erreichen, wird er in fünf verschiedenen Kategorien ausgelobt: „Bildung und Erziehung“, „Arbeit“, „Wohnen“, „Freizeit, Sport“ sowie „Kultur, Natur und Umwelt“. Bewertet werden dabei Kriterien wie die Anpassungsmöglichkeit an andere Projekte, die Nachhaltigkeit, ehrenamtliches Engagement oder die aktive Beteiligung von Menschen mit Behinderung. Abgabeschluss ist der 15. Mai 2023. > BSZ

## Innovatives Projekt im Zentrum für Agrarbildung

Kürzlich fand an der Landmaschinen- und Landtechnik-Schönbrunn ein Informationsaustausch zum Bau einer Biogasanlage aus textilen Materialien statt. Projektkoordinator Josef Hofmann, Professor an der Hochschule für angewandte Wissenschaften Landshut, gab Niederbayerns Bezirkstagspräsident Olaf Heinrich und den beteiligten Projektpartnern Einblick in das vom bayerischen Wirtschaftsministerium geförderte Verbundprojekt. Der Beginn des Probebetriebs, der unter der Leitung von Josef Hofmann entwickelten Demonstrationsbiogasanlage für kleinere und mittlere landwirtschaftliche Betriebe, ist für Juni geplant. Ab Juli könnte laut Hofmann dann der Regelbetrieb auf dem Gelände des Agrarbildungszentrums starten. Die entwickelte Biogasanlage wandelt vorhandene landwirtschaftliche Reststoffe – beispielsweise Rinderfestmist, Rinder- und Schweinegülle – als Substrat zu Biogas und Dünger um. Es handelt sich beim Lehrgut des Bezirks Niederbayern um einen Biobetrieb mit rund 60 sogenannten Großvieheinheiten und Mastbullenhaltung. Vorhandener Festmist sowie die Jauche aus dem Rinderstall des landwirtschaftlichen Lehrguts des Bezirks Niederbayern werden dafür verwendet. Aufgrund der biologischen Bewirtschaftung des Lehrguts dürfen in der Demonstrationsanlage (geplantes Fermentervolumen: 150 Kubikmeter) keine Fremdsubstrate von außerhalb des Betriebs verwendet werden. Hauptziel ist es, die Herstellungs- und Betriebskosten für kleine Hofbiogasanlagen gegenüber bestehenden Anlagen vergleichbarer Größe (30 bis 75 kW elektrische Leistung) deutlich zu reduzieren.

Der Bezirk Niederbayern unterstützt das Forschungsvorhaben und erhofft sich daraus auch Erkenntnisse für den Einsatz von Biogasanlagen in betrieblichen Einrichtungen. „Sollte die Anlage sich bewähren ist zu prüfen, ob sie nach Abschluss des Forschungsprojekts im Agrarbildungszentrum verbleiben kann“, so Bezirkstagspräsident Olaf Heinrich. Er schlug im Rahmen des Ortstermins vor, auch den Einsatz von Biogasanlagen im Gutshof des Bezirks in Mainkofen und im Fischereilichen Lehr- und Beispiebetrieb in Lindbergmühle zu prüfen. > BSZ

Dramatische Nachwirkungen der Corona-Lockdowns

## Psychische Gesundheit von Kindern deutlich schlechter

Die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen rückt in den Fokus. Bei seinem Besuch am Bezirkskrankenhaus Bayreuth sagte der bayerische Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU): „Das ist eines der zentralen Themen in der Gesundheitspolitik. Wir brauchen kürzere Wartezeiten und bessere Therapieangebote. „Wir müssen Strukturen schaffen, die es ermöglichen, den Kindern, die unsere Hilfe brauchen, auch wirklich zu helfen.“

Bezirk Oberfranken investiert in Ausbau

Holetschek hatte sich in einem internen Gespräch mit Bezirkstagspräsident Henry Schramm, GeBO-Vorständin Katja Bittner und dem Leitenden Ärztlichen Direktor der GeBO, Thomas Kallert, am BKH über die aktuelle Situation der Kinder- und Jugendpsychiatrie informiert. Es hatte schon seit Jahren mehr Nachfrage als Plätze in der Kinder- und Jugendpsychiatrie gegeben – doch die mehr als 30 Monate andauernde Pandemie hat die Situation massiv verschärft. Darauf verwiesen Bittner und Kallert. Diese Einschätzung beruht nicht nur auf Erfahrungen aus der Klinik, auch der DAK Kinder- und Jugendreport 2022 spricht eine deutliche Sprache: Den Kindern geht es nicht gut.

„Die Pandemie hat die Schwachen noch schwächer werden lassen. Monatelange Schulschließun-

gen, schwierige Situationen im Familienleben und Isolation haben zu großen Belastungen bei Kindern und Jugendlichen geführt. Depressionen, Essstörungen und Störungen des Sozialverhaltens stehen hier an vorderster Stelle. Das zeigt sich in der Belegung der Klinik – stationär wie tagesklinisch – sehr deutlich“, sagte GeBO-Vorständin Katja Bittner. Sie fügte hinzu: „Wer den Kindern hilft, hilft langfristig. Schließlich entstehen über die Hälfte aller psychischen Erkrankungen bereits vor dem 19. Lebensjahr.“

Der Bezirk Oberfranken investiert daher in den Ausbau der Klinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik des Kindes- und Jugendalters. Insgesamt stehen dann 60 akutstationäre Betten und 14 tagesklinische Plätze für die Behandlung von Kindern und Jugendlichen am Standort Bayreuth zur Verfügung. Die Baumaßnahme wird insgesamt 46 Millionen Euro kosten, mit dem Bau soll 2024 begonnen werden. Neben der Kinder- und Jugendpsychiatrie investiert der Bezirk am Bezirkskrankenhaus Bayreuth in den Neubau der Heilpädagogischen-Station (Investitionssumme: 14,8 Millionen Euro) und in ein neues Küchengebäude (12,9 Millionen Euro). Bereits in den nächsten Wochen wird mit den vorbereitenden Arbeiten zum Neubau der Klinik für Forensische Psychiatrie begonnen. Die Finanzierung von insgesamt 87,6 Millionen Euro trägt in diesem Fall der Freistaat. > ULRIKE SOMMERER

Gesundheitsministerium fördert Bezirkskrankenhaus Günzburg

## Digitalisierung vorantreiben



Übergabe der Förderbescheide und des Förderschecks aus dem Krankenhauszukunftsfonds an das Bezirkskrankenhaus Günzburg: (von links): Vorstandsvorsitzender Stefan Brunhuber, IT-Leiter Jochen Kaiser (beide Bezirkskliniken Schwaben), Staatsminister Klaus Holetschek und Bezirkstagspräsident Martin Sailer. FOTO: SCHALK

Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU) hat dem Bezirkskrankenhaus Günzburg sechs Förderbescheide in Höhe von etwas mehr als 3 Millionen Euro überreicht. Dazu kam er persönlich nach Günzburg. Ihn begleitete Peter Lechner, Leiter des Referats Krankenhausfinanzierung und Krankenhaushilfe im Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit und Pflege.

Das Geld stammt aus dem Krankenhauszukunftsfonds des Bundes und vom Freistaat. Damit wird bei den Bezirkskliniken die Einführung eines digitalen Medikationsmanagements gefördert, mit dessen Hilfe die Arzneimittel-

therapie-Sicherheit für die Patient\*innen verbessert wird. Es wird weiter die Pflege- und Behandlungsdokumentation digitalisiert. Darüber hinaus sind mehrere Projekte zur Verbesserung der IT-Sicherheit sowie der Aufbau eines digitalen Patientenportals Teil des Pakets.

Zwei Wochen zuvor durfte sich das BKH Kempten über 800 000 Euro aus den Händen des Ministers freuen. Bei der Übergabe der Förderbescheide mit dabei waren Bundestagsabgeordnete Mechthilde Wittmann, die Landtagsabgeordnete Thomas Kreuzer und Eric Beißwenger (alle CSU), Bezirkstagspräsident Martin Sailer sowie die gesamte Krankenhaus-

leitung des BKH Kempten mit Markus Jäger (Ärztlicher Direktor), Tabea Schmid (Pflegedirektorin) und Regionalleiter Helmut Notz.

Um die Digitalisierung voranzutreiben, bekommen die Bezirkskliniken Schwaben für alle ihre Standorte insgesamt knapp 8,5 Millionen Euro aus dem Krankenhauszukunftsfonds und vom Freistaat. Minister Holetschek sagte diesbezüglich in Günzburg: „Ihr seid auf einem hervorragenden Weg und macht einen mustergültigen Prozess daraus.“

Holetschek lobt: „Ihr seid auf einem guten Weg“

Bezirkstagspräsident Sailer, Verwaltungsratsvorsitzender der Bezirkskliniken Schwaben, bezeichnete den Freistaat als „verlässlichen Partner bei der Förderung der Kliniken“. Die Fördermittel seien gut angelegt, so Sailer. Begleitet wurde er von Sonja Treffler, Krankenhausreferentin des Bezirks Schwaben.

Der Vorstandsvorsitzende der Kliniken, Stefan Brunhuber, meinte ergänzend: „Gerade bei unserer über ganz Schwaben verteilten Unternehmensstruktur sind umfangreiche Investitionen und vorbereitende Arbeiten nötig. Wir freuen uns sehr, dass Minister Holetschek uns heute in Günzburg die Bescheide übergeben hat. Die Fördermittel sind mehr als willkommen.“ > GEORG SCHALK